

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 9. Juli 1932

Nummer 55

### Tarispolitische Rückblick

#### Der abgelehnte Schiedspruch

Der am 16. April nach 14stündigen Beratungen der Schlichterkammer des tariflichen Zentral-Schlichtungsamtes durch dessen Vorsitzenden, Professor Dr. Brahn, verurteilte Schiedspruch wurde in Nr. 32 des „Korr.“ vom 20. April unter der Charakterisierung als „Eine ungerechte und einseitige Entscheidung!“ öffentlich bekanntgegeben. Er berücksichtigte nur Unternehmerforderungen, und zwar in folgenden wichtigeren Punkten:

1. Der Rahmen der täglichen Arbeitszeit, der nach § 3 (Ziffer 2) bisher zwischen 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends oder von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends lag, sollte um zwei Stunden erweitert werden, und zwar durch einseitige Begrenzung auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
2. Die besondere Vergütung nach § 3 Ziffer 4 für regelmäßige Arbeitszeit außerhalb der in § 3 Ziffer 2 festgelegten Begrenzung sollte entsprechend der Ausdehnung der letzteren verschoben werden.
3. Durch Streichung der Worte „zum Zwecke der Arbeitszeitverkürzung an einem bestimmten Tag (möglichst am Sonnabend)“ sollte dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben sein, für jeden einzelnen Arbeitstag je nach betrieblichem Bedarf, also nicht nur zum Zweck der Arbeitszeitverkürzung an einem Tag, die tägliche Arbeitszeit von einem Tag zum andern nach Belieben „verleihen“ zu können.
4. Für die Einführung von Kurzarbeit bei Arbeitsmangel sollte das bisherige Mitbestimmungsrecht der betreffenden Gehilfen durch kürzere Ansagefrist beschränkt werden.
5. Herabsetzung der Entschädigung für regelmäßige Sonntagsarbeit von 90 auf 75 Proz.
6. Festsetzung der Überstundenzuschläge bei verkürzter Arbeitszeit im Rahmen der täglichen achtstündigen Arbeitszeit auf einseitlich 10 Proz.
7. Kürzung des Urlaubsgeldes um 30 Proz.
8. Kürzung des Kostgeldes für die Lehrlinge vom zweiten bis vierten Lehrjahr von 20, 30 und 40 auf 15, 20 und 35 Proz. des Gehilfenlohnes der Altersklasse C.
9. Auflage einer zwischenzeitlichen Revision der Ortszuschläge, der Berechnungspositionen und der Sonderbestimmungen für Maschinensetzer, Drucker und Stereotypere, nötigenfalls mit endgültigem Entscheidungsvorbehalt für das Zentral-Schlichtungsamt.

Da dieser Schiedspruch nur eine einseitige und ungerechte Berücksichtigung der Unternehmerforderungen und eine völlige Außerachtlassung der gehilfenseitigen Anträge darstellte, haben die Organisationsvorstände in voller Übereinstimmung mit allen Gewerkschaften die Annahme dieser Entscheidung einmütig abgelehnt. Eine ausführliche Begründung dafür wurde in Nr. 33 des „Korr.“ vom 23. April gegeben. In der Zwischenzeit wurde aber der gleiche Schiedspruch auch für die Hilfsarbeiter gefällt und von deren Vertretern unter Berücksichtigung der dadurch möglichen Erhaltung ihres von Unternehmerseite mit aller Entschiedenheit bekämpften Reichstaxtarifs angenommen. Infolgedessen beantragte der Deutsche Buchdrucker-Verein beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichserklärung des Schiedspruchs für den Gehilfen tariff; die Hilfsarbeiterorganisationen taten das gleiche für ihren Schiedspruch mit sinngemäß gleichem Inhalt wie für die Buchdrucker, während unsere Organisationsvertreter mit allen zur Verfügung stehenden Kräften die Ablehnung der Verbindlichserklärung erstrebten. Der damals noch amtierende Reichsarbeitsminister Stegerwald stand also sozusagen nicht nur zwischen zwei, sondern zwischen drei Gewerkschaften. Auf der einen Seite stand die Unternehmerorganisation, die von ihm die Verbindlichserklärung des Schiedspruchs vom 16. April für die Buchdrucker und gleichzeitig die Ablehnung der Verbindlichserklärung des Schiedspruchs vom 19. April für das Hilfspersonal forderte,

während die Organisationen der letzteren die Verbindlichserklärung beantragt hatten und unsere Organisationsvertreter die Ablehnung der Verbindlichserklärung des auch für das Hilfspersonal ursprünglich maßgebenden Schiedspruchs vom 16. April forderten. In dieser verzwickten Situation wählte der Reichsarbeitsminister Stegerwald die sogenannte goldene Mitte und lehnte die Verbindlichserklärung beider Schiedsprüche ab. Zwischendurch hatte auch der für die Schiedsprüche vom 16. und 19. April in erster Linie verantwortliche Verhandlungsleiter des Zentral-Schlichtungsamts, Professor Dr. Brahn, sein Amt als unparteilicher Vorsitzender niedergelegt, und zwar deshalb, weil die Beurteilung seiner beiden Schiedsprüche für das Buchdruckgewerbe ihn vermuten ließ, daß er das erforderliche Vertrauen der Tarifparteien nicht mehr für sich in Anspruch nehmen könne; was für einen Mann, der als Schlichter vor Jahren einmal die Berechtigung eines „Kulturlohnes“ in einer seiner lohn tariflichen Entscheidungen für das deutsche Buchdruckgewerbe begründet hat, eigentlich nicht so befremdend sein sollte, wie es den Anschein hat. Immerhin beweist auch diese Episode wie der ganze Verlauf der diesmaligen Tarifverhandlungen, daß nicht Unterhändler mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten zu rechnen hatten, die nicht nur wirtschafts- oder tarispolitisch, sondern auch staatspolitisch mit weitgehenden Abhängigkeiten der Schlichter von dem sogenannten Notprogramm der Reichsregierung verbunden waren. Das zeigte sich besonders deutlich bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium, über die in den Nrn. 35, 36 und 37 des „Korr.“ ausführlich berichtet worden ist.

#### Die Situation nach Ablehnung der Verbindlichkeit

Nach nach der von unseren Vertretern erstrebten und am 3. Mai offiziell bekanntgemachten Ablehnung des vom Deutschen Buchdrucker-Verein und von den Hilfsarbeiterorganisationen beantragten Verbindlichkeit der Schiedsprüche vom 16. bzw. 19. April war die wirtschafts- und tarispolitische Situation nicht leichter oder ertüchtlicher geworden. Denn die in beide Schiedsprüche eingebauten „Aufloderungen“ des bisherigen Manteltarifs hatten einen machtpolitischen Anspruch in gewissen Grundfragen der vorjährigen Notverordnungen über die Arbeitszeit- und Lohnfragen. Deren Bedeutung für die weitere Gestaltung der Dinge war nach Ablehnung der Verbindlichkeit keineswegs beseitigt. Sie gaben den Unternehmern gerade in diesen beiden Hauptpunkten für den Notfall eine nicht unbeachtliche Rückendeckung und stellten unsere Vertreter die Aufgabe, diese Hemmnisse für die Sicherung tariflicher Rechte nach Möglichkeit auszusparteln. Das wurde sehr wesentlich dadurch erschwert, daß in der Frage des ebenfalls abgelaufenen Lohn tariffs noch keine Klärung vorhanden war; woraus sich insbesondere für unsre Kollegen in der Provinz, wo sich naturgemäß der Einfluß umfangreicherer und kompakterer Widerstandskraft nicht wie in den großen Druckzentren in gleichem Maße auswirken konnte, mancherlei Gefahren zu entwickeln drohten. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. in der „Zeitschrift“, wie aus unserm Situationsbericht in Nr. 34 des „Korr.“ vom 11. Mai zu ersehen war, die Ablehnung der Verbindlichserklärung des Schiedspruchs für die Buchdrucker und die Hilfsarbeiter damit begründet wurde, daß das Reichsarbeitsministerium im Schiedspruch für die Hilfsarbeiter eine Herabsetzung der Hilfsarbeiterlöhne vermisst habe. Es handelte sich dabei nach unserer Ansicht zwar zunächst nur um eine prinzipialseitige Auslegung, die sich auf die

damalige allgemeine Lohn tarippolitik im Reichsarbeitsministerium im Zusammenhang mit den Richtlinien der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und daraus resultierenden Anweisungen für die Schlichtungsinstanzen beziehen konnte. Bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurde sie ebenfalls nur von Unternehmerseite geltend gemacht, von den Vertretern des Reichsarbeitsministers aber für die Ablehnung der Verbindlichkeit der Schiedsprüche für das Buchdruckgewerbe nicht als allein ausschlaggebend bezeichnet. Die Zweckmäßigkeit freier Vereinbarung durch die Tarifparteien war in erster Linie für die ablehnende Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums maßgebend; womit allerdings die machtpolitische Gefahr nicht beseitigt war, daß bei Nichtzustandekommen einer diesbezüglichen Vereinbarung der Tarifparteien und im Fall einer nachträglichen Sonderbeschlichtung die schon erwähnten Richtlinien der Notverordnung zum Schutz des wirtschaftlichen Friedens in stärkerem Maß zur Anwendung gekommen wären. Was ja inzwischen auch im Abschluß des Hilfsarbeiterkonflikts durch die Voraussetzung einer später unbedingten Entscheidung in der Lohnfrage sinngemäßen Ausdruck gefunden hat!

Unter solchen Umständen war es für unsere Organisationsvertreter am 10. Mai bei den vom Deutschen Buchdrucker-Verein eingeleiteten Verhandlungen beider Tarifparteien keine leichte Aufgabe, einen Boden zu finden, der sich für eine definitive Regelung der tariflichen Verhältnisse auch für die Gehilfen als tragfähig erweisen konnte. In ihrem Bewußtsein machtpolitischer Sicherungen durch die schon erwähnten Notverordnungstendenz der Reichsregierung und im Hinblick auf die großen materiellen und persönlichen Opfer, die der Arbeiterschaft des ganzen Gewerbes, und zwar auch noch den Arbeitslosen im Fall einer aktiven Abwehr hätten aufzulegen werden müssen, waren die Unternehmer nur unter Einsatz letzter Verhandlungsmöglichkeiten zu einer teilweisen Preisgabe der ihnen durch den Schiedspruch vom 16. April in Aussicht gestellten „Produktionserleichterungen“ zu drängen. In diesem Stadium der Verhandlungen, bei dem es auf Biegen oder Brechen mit erheblichen Verlusten für beide Tarifkontrahenten ging, erwies sich die starke organisatorische und kollegiale Verbundenheit der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes, die von unsern Unterhändlern Zug um Zug in die Waagschale geworfen werden konnte, als die einzige Stütze. Ihrer Geltendmachung bis zum letzten Augenblick ist es in erster Linie zu danken, daß sich die Unternehmer genötigt sahen, von ihren anfänglich so hoch geschraubten Erwartungen aus den diesmaligen Tarifverhandlungen, die durch den von unsern Vertretern abgelehnten Schiedspruch schon ganz erheblich gedämpft waren, in freier Vereinbarung noch einige weitere preiszugeben. In den



Nrn. 39, 40 und 41 des „Korr.“ ist über Verlauf und Ergebnis dieser letzten Verhandlungen so ausführlich berichtet worden, daß an dieser Stelle zusammenfassend nur noch einmal darauf hinzuweisen wäre, daß es durch die Vereinbarung vom 14. Mai gelungen ist:

1. die nach dem Schiedspruch vom 16. April zulässige Veränderung der täglichen Arbeitszeit für jeden Arbeitstag nur auf einen Tag in jeder Woche auf dem Weg der Vereinbarung zurückzuführen;
2. die im Schiedspruch vorgesehene Kürzung des Urlaubsgeldes von 30 Proz. auf 25 Proz. herabzusetzen;
3. als Urlaubsgeld bei Kurzarbeit 75 Proz. des vollen Wochenlohnes, auch bei weniger als 36 Arbeitsstunden wöchentlich, festzusetzen;
4. die durch den Schiedspruch vorgesehene Kürzung des Koffelgeldes für Verfrägen zu mildern und den nach Urteilen des Reichsarbeitsgerichts zulässigen Abzug für Fachschulbesuch auszuschalten;
5. den am 30. April abgelaufenen Lohnsatz über die Sommermonate hinweg zu verlängern.

Der durch Verbandsvorstand und sämtliche Gewerkschaften dieser „Vereinbarungen“ haben wir nach der hier vorausgegangenen nochmaligen Zusammenfassung des Ganges der diesmaligen Tarifverhandlungen und ihres Ergebnisses nichts mehr hinzuzufügen. Daß es der Hilfsarbeiterschaft dann noch gelungen ist, noch viel weitergehende Verschlechterungsversuche an ihren bisherigen Lohnverhältnissen, wenn auch unter Einfluß noch größerer Opfer, abzuwehren, dürfte durch die Berichterstattung und Stellungnahme in den letzten Nummern des „Korr.“ noch frisch im Gedächtnis unserer Leser haften. Die auch in dieser Frage zum Ausdruck kommende Solidarität unserer Kollegenschaft hat zu diesem Ergebnis zweifellos nicht wenig beigetragen. Und so verständlich auch die in der Berichterstattung über die Mitgliederversammlungen unseres Verbandes sich wie ein roter Faden durch die Spalten des „Korr.“ ziehende Erörterung der Kollegenschaft über diese Vereinbarung ist, kann und darf diese doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Ergebnis zwar keineswegs befriedigend ist, aber trotz alledem immer noch als ein Resultat beurteilt werden sollte, das nach der ganzen Lage der gegenwärtigen wirtschafts- und staatspolitischen Verhältnisse auf einem andern Weg, sei es durch direkten Kampf oder auf dem Weg über ein neues amtliches Schlichtungsverfahren, sehr fraglich geworden wäre. Denn der am Ende der Verhandlungen vorgelegte „Korr.“-Entwurf ist ein Verzicht auf die Forderung der Tarifpartei, die nach dieser Vereinbarung der Tarifpartei bei objektiver Beurteilung in Wirklichkeit nicht mehr so groß, daß er den durch einen allgemeinen Kampf erforderlichen Einsatz von Opfern nach allen Seiten in jeder Beziehung und unter allen Umständen noch gerechtfertigt hätte. Welche Opfer der Verband ohnehin in dieser schweren Zeit gegenüber seinen vom Fluß der Arbeitslosigkeit und der dauernden Erwerbsunfähigkeit verfolgten Mitgliedern zu tragen hat und tragen kann, wird der in nächster Zeit erscheinende Jahresbericht des Verbandes für 1931 mit aller Deutlichkeit jedem einzelnen Kollegen vor Augen führen; auch sonst wird dazu gelegentlich noch mehr zu sagen sein. Selbst die Durchführung einer Urabstimmung hätte, ob zustimmend oder ablehnend, an diesen harten Tatsachen nicht das geringste geändert.

Wir sind weit entfernt davon, die bei den diesmaligen Tarifverhandlungen erzielten „Erfolge“ des Deutschen Buchdrucker-Vereins geringer zu bewerten, als die dadurch hervorgerufene Erbitterung aller noch in Arbeit stehenden Kollegen. Die der Gehilfenschaft aufgebrachte 25prozentige Vergiftung ihrer wenigen Erholungstage wird vielleicht einigen der Arbeiter dieses Erfolges besonderen Wohlgefallen und Befriedigung in feudalen Bädern verschaffen. In den Herzen aller von dem Segen solcher Wirtschaftsjührer besetzten Gehilfen und Hilfsarbeiter wird aber gerade dieser tarifpolitische Giftkeim noch die letzten Funken von Arbeitsfreude erlöchen und sie mehr als alles andre daran erinnern, daß je pflichteifriger und treuer sie bisher ihre berufliche Arbeit verrichtet haben, um so anmaßender und aufreizender die tarifpolitischen Forderungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins geworden sind. Zwar soll der materielle „Erfolg“ dieser strategischen Auswertung einer besonderen machtpolitischen Konjunktur nach prinzipiellsteiger Berechnung in einer Entlastung des gesamten Lohnkontos um nur 1, bis 2 Proz. bestehen, daß aber diese „Entlastung“ auf der andern Seite aus der Erkenntnis steigender Entwertung jeder persönlichen Berufshingabe um mindestens das Doppelte ins Gegenteil umschlagen muß, wird auf Unternehmerseite leider immer noch nicht erkannt. Das sind aber die auch noch aus andern Forderungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu und während der diesmaligen Tarifverhandlungen zu ziehenden Schlußfolgerungen und

Lehren für die Gehilfenschaft für die Zukunft. Und zwar so lange, bis endlich auch auf Unternehmerseite sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß nicht die materiellen Produktionsmittel, sondern die erst produktiv verwertenden menschlichen Arbeitskräfte die Hauptkraft für das ganze Gewerbe und für die Wirtschaft sind!

### Die Stiefkräfte des Nationalsozialismus

Das Paradoxon der nationalsozialistischen Bewegung besteht in dem Widerspruch zwischen dem antikapitalistischen Wollen großer Teile ihrer Gefolgschaft und der kapitalistischen Zielsetzung der Gesamtbewegung. Während dem Nationalsozialismus die stärksten Antriebe aus den antikapitalistischen Massenstimmungen der proletarisierten sozialen Zwischenschichten erwachsen, leistet die nationalsozialistische Partei dem in seinen Grundfesten erschütterten Kapitalismus wirksamste Hilfeleistung beim Vollzug seiner sozialreaktionären Angriffe gegen die in jahrzehntelangen Kämpfen errangenen sozialen Rechte und politischen Freiheiten der Arbeiterschaft.

Mit Hilfe des sozialreaktionären, antikapitalistischen Schlagwortes vermochte der Nationalsozialismus die moralische Erbitterung und Empörung des verarmten bürgerlichen Mittelstandes, der Beamten- und Angestelltenmassen gegen den Kapitalismus, der sie durch den ungeheuerlichen Betrag der Inflation um die frühesten jahrzehntelangen Arbeit brachte, und durch die im Zuge seiner Entwicklung liegende Betriebs- und Kapitalkonzentration der wirtschaftlichen Grundlagen ihrer ehemals gesicherten Existenz beraubte und so proletarisierte, aufzufangen. Damit begann nun die eigentliche Funktion des Nationalsozialismus, die darin besteht, das antikapitalistische Ragebedürfnis des Neuproletariats von den wahren wirtschaftlichen Ursachen seiner Verarmung und Verelendung abzulenkten, um es auf außerwirtschaftliche Objekte zu übertragen. Dieses raffinierte, für den Bestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems eminent bedeutsame Experiment gelang dem deutschen Faschismus, indem er den antikapitalistischen Groll seiner Anhänger durch den Antisemitismus in Rassenhaß und durch den Nationalismus in nationalpolitischen Unwillen umsetzte. So vollzieht sich nunmehr das tragische Schauspiel, daß die Opfer des Kapitalismus wie weiland Don Quixotte gegen Phantome und zum mindesten nicht gegen die wahren Urheber ihrer Verarmung und zugleich, zum Nutzen des Kapitalismus, gegen die sozialistische Arbeiterbewegung kämpfen.

Zum Zweck dieses raffinierten Ablenkungsmanövers lehrt die nationalsozialistische Parteidoctrine zu unterscheiden zwischen den „raffenden Kapitalisten“, die allein gewaltige Profite aus dem heute herrschenden zinskaptalistischen System zögen, und so-jomit als die „eigenlichen Herren, Ruhmiger und Ausbeuter der heutigen antisozialen Wirtschaftsordnung“ zuweisen und welche die „not-über-Arbeit“ nicht kummerte, und den „wahren Unternehmern“, die sich ihrer hohen Aufgabe als Wirtschaftsführer bewußt seien. „Ein solcher (wahrer Unternehmer)“, schreibt Gottfried Feder in seinem Kommentar zum nationalsozialistischen Parteiprogramm, „muß schon eine sittliche Persönlichkeit sein... Seine Aufgabe ist zunächst, die wirklichen wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes zu erkennen...; er muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß tabellose Ware liefern, muß seine Arbeiter gut entlohnen (er kann gar nicht anders!) und dient im besten und höchsten Sinne der Bedarfsdeckung.“

Neu „raffenden Kapitalisten“, so wird weiter argumentiert, rekrutieren sich allemal aus dem Judentum und den Kreisen der internationalen Weltkapitalisten, während die „wahren Unternehmer“ eben aus dem anfänglichen deutschstämmigen Unternehmertum hervorgehen, die, ebenso wie das gelamte deutsche Volk, von den lauffigen Juden und Ausländern geschöpft worden, darum vom Nationalsozialismus gefolgt werden müssen, während den „raffenden Kapitalisten“ allein der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung gilt. Und damit nicht etwa bei dem „antikapitalistischen“ Kampf der Nationalsozialisten ein „wahrer Unternehmer“ zu Schaden kommt, nennt das Parteiprogramm der NSDAP, einige, die unter diese Kategorie zu rechnen sind:

„Das hervorragendste und weltbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer“, heißt es da, „ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie einzufließen, die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Alßo, Mannesmann, Siemens (!), um nur wahllos einige zu nennen.“

Durch diesen primitiven Dreh der nationalsozialistischen Ideologie ist es dem deutschen Faschismus tatsächlich gelungen, die antikapitalistischen Strömungen seiner Anhängererschaft von den objektiven Ursachen ihrer materiellen und seelischen Not abzulenkten und darüber hinaus der sozialreaktionären Offensiv des bedrängten Kapitalismus gegen die deutsche Arbeiterschaft, ihre politischen Freiheiten und Rechte, Löhne und sozialen Einrichtungen dienstbar zu machen.

Mit der willkürlichen, durch keinerlei Erfahrungsstatistiken begründeten Unterscheidung zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapitalismus allein war freilich nicht viel anzufangen. Besonders nicht bei der Arbeiterschaft — um deren Gunst die nationalsozialistische Partei ja schon immer besonders intensiv buhlte —, der im allgemeinen, auf Grund ihrer Erfahrungen, sich keines „Unternehmensvermögen“ abgeht. Der Nationalsozialismus mußte schließlich auch dem antikapitalistischen Groll seiner Gefolgschaft, dem Ragebedürfnis der verarmten und verelendeten Volksschichten schon etwas Greifbares geben, an das sie sich in ihrer Verzweiflung halten konnten; er war gezwungen,

darzustellen, worin sich der Antikapitalismus des deutschen Faschismus konkretisiert.

„Wir sind gleich leidenschaftliche Sozialisten“, schreibt „Der nationale Sozialist“ am 31. März 1931, „wie wir fanatisch Nationalisten sind... darum nehmen wir in allen (!) wirtschaftlichen Fragen eine antikapitalistische, eine sozialistische Haltung ein... Denn wir wissen, daß unsere sozialistischen Forderungen auf Anteil am Besitz, Anteil am Gewinn, Anteil an der Leitung eine eminent nationalsozialistische ist.“

„In solch handfestem, „leidenschaftlichem“ Sozialismus könnte sich selbst das ausgelotetste „Margaritenberg“ ergehen. In der Tat lautet denn auch Punkt 13 des nationalsozialistischen Parteiprogramms „grundbegrifflich“:

„Wir fordern die Verstaatlichung aller (!) (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).“

Und in Punkt 14 heißt es ebenso „grundbegrifflich“:

„Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.“

Das sind zweifellos zwei Forderungen von — für nationalsozialistische Begriffe — außerordentlicher Klarheit und Eindeutigkeit. Verstaatlichung der Trusts und Syndikate; ein altes Ideal der sozialistischen Arbeiterbewegung; Gewinnbeteiligung: eine alte Forderung des von den Nationalsozialisten so leidenschaftlich beschiedenen humanitären Liberalismus. Doch immerhin ein klares, handfestes Gegenwartsprogramm. Zwei Forderungen eines Parteiprogramms, das mit dem stolzen Wertespruch aussticht: „Die Führer versprechen, wenn nötig, unter Einsatz des eignen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rückwärtslos einzutreten.“

Gehen wir denn zu, „die Führer“ beim Vollzug des Programms ihre eigene Haut zu Markte tragen.

Da können wir freilich nicht umhin, etwas zu stutzen, wenn wir auf Seite 48 der Federischen Programmausgabe in Sperdruck lesen: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundbegrifflich an und stellt es unter staatlichen Schutz.“ Wie reimt sich diese These auf den 13. Programmpunkt; wie kann man in ein und derselben Programmschrift einmal „grundbegrifflich“ die Verstaatlichung der Fabrikbetriebe fordern und zum andern, gleichfalls „grundbegrifflich“, das Privateigentum anerkennen und unter staatlichen Schutz stellen? Es ist noch nicht lange her, als der gleiche Feder im Reichstag erklärte:

„Wir erkennen die Bedeutung der Bankiers an, die nicht beeinträchtigt werden sollen. Wir sind nicht für Beseitigung des Gewinnertrages... (und zu dem Vorhinein der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, gewandt): Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterstehen!“

und der Dr. Goebbels ihm sekundierte: „Gut uns ist der Sozialismus nur Mittel zum Zweck.“

Wie steht es aber mit der Forderung nach Gewinnbeteiligung, die der Feder sagt: „Gewinnbeteiligung an den Betrieben der Wirtschaft...“? Wie reimt sich diese Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, daß im Grundgesetz nicht bürgerlich einzuwendenden...“

Aber wie Seiten weiter schreibt Feder bereits wieder das Gegenteil:

„Arbeitgeber und Angestellte mögen noch so fleißig sein, sie vermögen das Jahresergebnis, den Gewinn oder Verlust, wenig oder gar nicht zu beeinflussen... Es gibt keine wirtschaftliche oder moralische Begründung für den Anspruch auf Gewinnbeteiligung.“

Was ist nun Wahrheit? Ist die Forderung nach Gewinnbeteiligung mit der ersten Absicht gestellt, sie einmal im jagenhaften Dritten Reich zu verwirklichen, oder hat der Autor des 17. Heftes der „Nationalsozialistischen Wälsche“ recht, der schreibt:

„Die Beteiligung am Gewinn ist deshalb abzulehnen, weil sie dem Arbeiter zum jüdisch-marginalistischen (!) Denken erziehen würde. Den Begriff „Gewinn“ hat unser Wirtschaftsleben erst durch das jüdisch-marginalistische System kennen gelernt.“

So erweisen sich am Ende die nationalsozialistischen Forderungen nach Sozialisierung der Großbetriebe und nach Gewinnbeteiligung als Ausfluß „jüdisch-marginalistischen“ Denkens und müssen vom Nationalsozialismus ebenso grundbegrifflich abgelehnt werden, wie sie im Programm der NSDAP, grundbegrifflich erhoben werden. Und nun wird das Wort Hitler's aus dem Zwiegespräch mit Otto Straßer, der, angeekelt von der Demagogie der Hitlerbewegung, dem Nationalsozialismus den Rücken kehrte, verständlich: „Es gibt gar keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus“, erklärte Hitler: „Dieser sogenannte Unterschied ist bestenfalls doch nur ein — Schreibstiftunterschied.“

Folglich könnte sich die NSDAP, ebenjogut „Nationalkapitalistische Arbeiterpartei“ nennen, was ihrem wahren Charakter weit mehr entsprechen würde, freilich mit der Einschränkung, daß das Wort „Arbeiter“ zugleich mit der Änderung des Firmenzeichens verschwinden müßte. Denn eine Partei, deren Zielsetzung ihr oberster Führer — gleichfalls in dem erwähnten Gespräch mit Otto Straßer — mit den Worten umreißt:

„Wir wollen eine neue Herrenschicht, die nicht von irgendeiner Mittelsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rückwärtslos aufrecht erhält und führt“,

ist keine Partei des Arbeiters, sondern der widerliche Büttel des Kapitalismus, und ihr „Sozialismus“ hat mit der hohen Idee des wahren Sozialismus ebensoviel gemein wie die Wahrheit mit der Lüge. Die Funktion des Nationalsozialismus, seiner hohen Phrasen und Versprechungen, erschöpft sich darin, die Opfer des Kapitalismus einzufüllen, um sie um so sicherer an das Joch des Kapitalismus zu fesseln zu können.

### Nationalistische Schwindler

Seit jeher gehört es zu den Gepflogenheiten der nationalen Parteien und ihrer Presse, den politischen Gegner, vor allem aber die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, in der schmutzigsten Weise anzugreifen. Besonders in Zeiten der Wahlen ist keine Lüge und Verleumdung zu absurd, um nicht zur Anwendung gebracht zu werden. Aber auch sonst haben wir in den letzten Jahren in dem Kampf der nationalen Parteien gegen den Marxismus genügend Gelegenheit gehabt, diese Kampfweise zu beobachten. So kann es denn nicht überraschen, wenn der Ausgang des Sklarek-Prozesses, bei dem die Hauptschuldigen, Leo und Willi Sklarek, zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, dazu benutzt wird, die in diesem Prozeß aufgedeckten Korruptionsercheinungen der Sozialdemokratie zur Last zu legen und sie in Verbindung mit dem Barmat- und Rütischerstand als Ausfluß des marxistischen Systems hinzustellen.

Die aus Anlaß dieser Schwindelaffären geführten Prozesse haben zwar nichts zutage gefördert, was auf eine Verbindung mit der Sozialdemokratie schließen ließe. Im Gegenteil führten sie dazu, eine ganze Anzahl nationaler Größen bedenktlich bloßzustellen, genau so, wie es bei einer Reihe anderer Skandale, wie dem Zusammenbruch der Favag, des Nordwolle- und Schultheißkonzerns, Devaheimkonzerns und anderer in weitgehendem Maß der Fall war. Das macht jedoch nichts! Mit edler Dreifigkeit geht die nationalistische Presse über diese unangenehmen Dinge hinweg und bringt es fertig, die lächerliche Behauptung zu wagen, daß nur die Staatsumwälzung von 1918 den Boden für diese anrüchigen Zustände geschaffen habe. Unter dem monarchistischen System mit seiner lauberen tüchtigen Verwaltung seien solche Dinge unmöglich gewesen, habe es nirgendwo in Deutschland eine Korruption gegeben, so daß dem deutschen Volk selbst der Begriff der Korruption erspart blieb. Erst die Novemberumwälzung habe die Barmat, Kautsker, die Schieber und Laszger sowie alles, was sich durch das Morgenrot der republikanischen Freiheit angegogen fühlte, veranlaßt, sich in Deutschland zur Führung ihrer trüben Geschäfte niederzulassen.

Gleich unverfroren wird die Inflation als Folge der staatlichen Umwälzung und als Schuld der Sozialdemokratie hingestellt, obwohl bereits unzählige Male der Nachweis erbracht wurde, daß der Niedergang und schließlich Zusammenbruch der deutschen Währung bereits während des Krieges begann und insbesondere durch die Annektionspolitik der nationalistischen Parteien sowie durch die verhängnisvolle Anleihepolitik der Reichsregierung hervorgerufen wurde. War es doch der deutschen nationale Finanzminister Helfferich, der sich den Forderungen der Sozialdemokratie auf Steuerliche Reduzierung der Kriegsausgaben sowie Währungsreform, der Kriegsgewinne aufzuschließen, widersetzte und sie damit bekämpfte, daß die Kriegslaster von den besiegten Feinden Deutschlands getragen werden müßten! Es kam freilich ungesagt, und die phantastischen nationalistischen Rednungen über den Ausgang des Krieges erwiesen sich als falsch. Ebenso waren es wiederum gerade die nationalen Parteien, die, als die fortschreitende Inflation den Zusammenbruch der Währung befürchtete, den wiederholten Anträgen der Sozialdemokratie auf Stabilisierung der Währung den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzten. Der Erfolg war, daß die kapitalistischen Großindustriellen wie auch die nimmermatten Großagrarier ihre in Goldmark gemachten Schulden los wurden, zugleich aber zahlreiche mittelständlerische Existenzen der Verarmung und Proletarisierung anheimfielen.

Unter solchen Umständen ist es nicht gerade angenehm, den nationalistischen Geschichtsfälschungen und Verleumdungen gegenüber immer wieder auf den tatsächlichen Verlauf der Dinge hinweisen zu müssen. Doch ist es notwendig, wenn die angebliche Sittenreinheit der Vorkriegszeit und die höhere moralische Qualifikation des kaiserlichen Systems

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Weiskamp in Weidau  
Eingetretten: 10. Juli 1882 — Außer Beruf.

mit der gegenwärtigen Zeit in Parallele gestellt wird. Machte sich doch gerade unter dem kaiserlichen Regime von allem Anfang an die übelste Korruption breit, Skandale aller Art hervorruhend, die sich denen der Nachkriegszeit mindestens ebenbürtig zur Seite stellen lassen, sie sogar teilweise weit übertreffen. Alles, was wir in den Nachkriegsjahren in dieser Hinsicht erleben, findet sich in jener Periode wieder, nur mit dem Unterschied, daß unter dem republikanischen, angeblich marxistischen System die Schuldigen zum größten Teil wegen ihrer Schwindereien zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurden, während sie unter dem wilhelminischen Regiment in der Regel freisgingen und man die von ihnen verursachten Skandale vertuschte.

Das hatte seine guten Gründe! Waren es doch vielfach sehr hochstehende, feudale, mit dem Hof und den Regierungskreisen sehr eng verbundene Personen, sogenannte Edelste und Beste der Nation, die an diesen Skandalen beteiligt waren. Man durfte sie nicht bloßstellen oder gerichtlich verfolgen, wenn das Ansehen des monarchistischen Systems gewahrt bleiben sollte. Wie heute erweuchen jene damaligen Skandale fortwährend unter der zugrunde liegenden Korruption auf dem Boden und ihrer der Verantwortlichkeit der herrschenden Klasse. Genau so wenig wie heute hatte der Marxismus mit dieser Korruption und ihren Sumpfsäften zu tun. Die Schieber, Schwindler und Spekulanten, die sich in dem 1871 neugeschaffenen Kaiserreich betätigten, standen mit den vornehmsten Gesellschaftskreisen, hohen Staatsbeamten und angesehensten bürgerlichen nationalen Politikern in Verbindung, die ihre Namen zu den anrüchlichsten Geschäften hergaben und dafür Millionen in ihre Taschen schoben.

Eins der drastischsten Beispiele dieser Art bietet der Straußbergskandal. Straußberg, einer der gerissensten, zugleich als auch genialsten Schieber, baute in der dem Krieg von 1870/71 folgenden Grünberzeit in Deutschland wie im Ausland etwa ein Dutzend Eisenbahnen. Er verstand es, zu diesem Zweck etwa 600 Millionen aus den Taschen gutgläubiger Leute herauszuladen, denen er hohe Gewinne in Aussicht stellte. Sein Name hätte dazu nicht

genügt. Wohl aber der Name einer Reihe von prominenten Persönlichkeiten, wie des Herzogs von Ulf, Herzogs von Ratibor, Fürsten zu Putbus, einiger Duzend Grafen, Oberbürgermeister, Parlamentarier und hohen Beamten, die den Straußbergischen Unternehmungen die erforderliche Sicherheit zu garantieren schienen. Dennoch trat der Bruch ein, die Straußbergischen Gründungen brachen zusammen, und die kleinen Geldgeber hatten das Nachsehen. Die großen Schieber dagegen verstanden es, sich und ihren Raub rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Ähnliche Skandale entwickelten sich aus dem Vereinfließen des französischen Milliardenvermögens nach Deutschland, der sich mit einer ungeheuerlichen Gründungsraffie verband. Von 1871 bis 1873 wurden nicht mehr als 1300 Aktiengesellschaften gegründet, wobei nahezu vier Milliarden Goldmark an Aktienkapital zur Mobilisierung gelangten. Eine mit den raffiniertesten Mitteln ingenierte Hausse trieb den Kurs der Aktien zu schwindelnder Höhe. Die Bodenpreise stiegen ins Maßlose und hatten eine gewaltige Wohnungsnot zur Folge. Die Millionen wuchsen über Nacht wie Pilze aus dem Boden. Auch an diesen vielfach blutigen Gründungen waren zahlreiche hochstehende Personen als Gründer und Aufsichtsräte beteiligt, die ihren Vorteil wahrzunehmen verstanden. Wo man hinsah, stieß man auf Schieber mit den besten Beziehungen, auf routinierte Geschäftsleute, Bankiers, Land- und Reichstagsabgeordnete sowie hochstehende Adlige. Wie weit in dieser Zeit die Korruption ging, zeigten die Enttüllungen über die wenig lauberen Geschäfte, an denen der damalige Reichskanzler Bismarck beteiligt war, ein Skandal, der monatelang die Öffentlichkeit beschäftigte.

Für die nationalen Führer und Edelsten nicht minder kompromittierend war der Zusammenbruch der Sandenbanken, der Pommerischen Hypothekbank, der Aktien-Gesellschaft für Trebertraktung, der Mirbachskandal, der Fall Tippelskirch u. Co., wobei der Reichsminister von Bobbieloff in übelloser Weise bloßgestellt wurde, ferner die Kolonialskandale, die einen stinkenden Korruptionssumpf enttüllten. Das gleiche stelte sich bei den Geschäften des sogenannten Fürstentkonzerns heraus. Auch der Krupp- und Eulenburgskandal machte viel von sich reden. Nicht minder der Barmatstand, bei dem sich herausstellte, daß trotz überhöhter Preise die Reichsbahn mit gestiften Schienen beliefert wurde. Hinzukam der unter dem kaiserlichen Regime schonunglos betriebene Ordensschacher. Alles Korruptionsercheinungen von einem Ausmaß, wie man es nicht für möglich halten sollte.

Es gehört daher schon mehr wie eine eiserne Stirn dazu, angesichts dieser Verhältnisse, die damaligen Zustände als ideale zu feiern sowie davon zu reden, daß im November 1918 die sauberste und tüchtigste Verwaltung von den roten Zufallsregieren verdrängt wurde, wie es die nationalistische Presse, gegenwärtig, festhält. Das nationalistische Schwindler, können sich zu einer solchen Dreifigkeit, nur vertigen, weil sie damit rechnen, daß alle diese Dinge in Vergessenheit geraten sind, wobei sie sich freilich bei sehr vielen Wählern, die den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten nachlaufen, nicht täuschen. Demgegenüber gilt es, an die damalige Zeit zu erinnern und aufzuzeigen, was Geistes Kinder diejenigen waren, die sich zu jener Zeit als nationale Führer und Sittenwächter aufspielten sowie es heute noch sein wollen. Was sich früher und in den letzten Jahren als Korruptionsercheinungen bemerkbar machte, ist dem Sumpfboden des Kapitalismus entpfropfen. Diese Skandale entpfropfen in jeder Beziehung dem kapitalistischen Milieu, der strapelosen Raffig und maßlosen Bereicherungslust, die seine Vertreter von Beginn der kapitalistischen Entwicklung an durch alle ihre Stadien kennzeichnen. In dieser Hinsicht hat sich bis jetzt noch nicht das mindeste geändert, und es wird so bleiben, bis der Sozialismus das kapitalistische Ausbeutungs- und Bereicherungssystem ablöst. Wirken wir darauf hin, daß es bald geschieht!

### Aus der Geschichte der Zeitungszensur

Die jetzt um das Verbot des „Vorwärts“ und der „Königlichen Volkszeitung“ so unruhig vermehrte Geschichte der Zensur ist eine Geschichte der menschlichen Enghirzigkeit. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Wahrheit sich auf die Dauer nicht unterdrücken läßt. Je aggressiver jeweils eine Zensur wurde — gleichgültig ob sie mit Strichen oder gleich mit Verbotsstrafen arbeitete —, desto vorsichtiger und gewandter schrieben die Journalisten. Von der Presse gilt in dieser Hinsicht das selbe Wort, das Goethe einmal von der französischen Opposition sagte: „Die Einschränkung nötigt sie, geistreich zu sein.“

Die erste Zensur stammt aus dem 15. Jahrhundert; ihr Ersinder war die katholische Geistlichkeit. Als die Zensur auch politisch wurde, war es der Große Kurfürst, der das erste schlechte Beispiel gab; Friedrich I. folgte. Ein Wort, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, ist von Friedrich Wilhelm I. überliefert: er verbietet einem Herrn v. Sappe in Halle, der wiederholt Bücher Hallenser Professoren hatte drucken lassen, diese Tätigkeit mit der Drohung: „Werdet es Ihr euch dennoch unterziehen, will ich Euch aufhängen und eure Schriften durch den Büttel verbrennen lassen.“

Friedrich II. sprang mit der Presse ziemlich launenhaft um. Der berühmte Satz „Gazetten dürfen nicht zensuriert werden“ war ihm selbst nicht allzu maßgeblich. Was ihm nicht gefiel, wurde unterdrückt. Die Berichte der Berliner Zeitungen über den ersten und zweiten Schlesischen Krieg

hat er selbst geschrieben. Im Jahre 1749 wurden die Verhältnisse durch ein neues Zensuredekt geregelt, das den Publizisten noch viel Kopfschmerzen machen sollte. Veranlaßt worden ist das Edikt durch die Eitelkeit einiger Berliner Schulmeister. Sie fühlten sich durch einen Aufsatz des „Wahrsagers“ gekränkt. Die Lehrer beschwerten sich beim König darüber, daß in diesem Artikel „der Schulstand ziemlich durchgenommen und lächerlich gemacht werde, welches ihn bei der ohnehin boshaften Jugend zum Despekt gereichte und aus der nötigen Autorität setze“.

Unter der Herrschaft Napoleons war die Zeitungszensur am allerstrengsten. Entsprechend wuchs aber auch der Wille der Journalisten und Verleger, für die Verbreitung ihrer Meinung Sorge zu tragen. Der Nürnberger Verleger Palm wurde wegen Verbreitung der Schrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ auf Veranlassung Napoleons erschossen. Aber auch Heinrich v. Kleist ist, was weniger bekannt sein dürfte, nicht zuletzt ein Opfer der (preussischen) Zensur geworden. Die von ihm redigierten täglichen „Abendblätter“ hatten an sich die besten Aussichten, populär zu werden. Aber das Regime Hardenbergs gestattete nicht die Veröffentlichung eines einzigen Wortes, das den Kaiser Napoleon zeigen könnte. England, mit dem die preussischen Patrioten damals sympathisierten, durfte nur taubend erwähnt werden. Aber auch innerpolitisch bildete die Regierung keiner Kritik. Das Blatt wurde notgedrungen immer langweiliger; Kleists Unternehmen brach zusammen. Der Verlust, mit beschriebenen Mitteln ein modernes, literarisches und politisches wesenliches Blatt zu gründen, war mißlungen: das letzte Mißgeschick im Leben

eines Genies, das Erfolg und Glück nie kennen sollte. Kleist kam darüber nicht hinweg. Sieben Monate später fand man ihn am Kleinen Wannsee bei Berlin erschossen auf.

Es kommt die Zeit des Vormärz. Die Dummheit der Zensur erreicht ihren Höhepunkt. Was weniger als 20 Drufbogen umfaßte, war zensurpflichtig. Ein wunderbares Dokument aus dieser Zeit ist das in Kassel im Jahre 1844 erschienene Buch „Zensuriana oder Geheimgeschichte der Zensur“ von Held. Held hatte in Leipzig und, nachdem man ihn dort ausgewiesen hatte, später in Halle eine liberale, mutige Zeitschrift „Die Lokomotive“ herausgegeben. Von der Zensur war ihm indes jedes freie Wort herausgestrichen worden. Was stehen blieb, war abfotolter Unfuss. Held half sich damit, daß er in den frei gewordenen Raum allgemein bekannte Kinderlieder setzen ließ. Aber als die Zeitschrift auf diese Weise fast vollständig zum Kinderblatt geworden war, stand die „Lokomotive“ still. ... Nun aber die Frage: Held veröffentlichte in den über 20 Drufbogen starken „Zensuriana“ alles das, was zu publizieren man ihm verboten hatte. Die Zensur war machtlos, das Publikum hatte seinen Spaß.

Auch das deutsche Kaiserreich ließ von der Unart der Zensur nicht ab. Die Erfahrungen, die beispielsweise Bismarck mit ihr machte, sind gewiß nicht die besten. Später holte die gekränkte Staatsautorität mit Vorliebe irgendwelche Beleidigungsparagrafen aus dem Strafgesetzbuch zu Hilfe. Die Zeitungen wurden nicht immer gleich verboten, wohl aber die verantwortlichen Redakteure ange-

### Das Genossenschaftswesen

#### Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften

In dieser irrwüchigen Wirtschaftszeit, wo das innere noch herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem seine totale Unfähigkeit zeigt, aus der von ihm herbeigeführten Krisis und dem Elend herauszukommen, wo Millionen von Arbeitslosen mit ihren Familien an der Hungergrenze stehen, Gehalts- und Lohnempfänger um 5 Milliarden Mark ihres Einkommens gekürzt sind und die so genannte Kaufkraft sich auf Mittelstand und Landwirtschaft verheerend auswirkt — in einer solchen Zeit lobt unter dem Demagogengeheul der Nationalsozialisten der irreführende Mittelstand gegen die Konsumgenossenschaften als der Ursache ihres Wirtschaftslüdes. Dem Programmruf: „Der Jude muß verbrannt werden!“, läuft parallel die Parole: „Die Konsumgenossenschaften müssen zerstört werden!“ Planmäßig werden von Einzelorganisationen des Handels, insbesondere des Kolonialwarenhandels, Forderungen an die Regierungen gestellt, welche bei ihrer Besetzung in der Tat zu den schwersten wirtschaftlichen Krisenkämpfen für Wirtschaftsorganisationen führen müßten, die den Wirtschaftsschutz der Verbraucher im allgemeinen und den Schutz des Reallohns der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten. Man verlangt nicht mehr und weniger als:

1. Erklärung der Handelsorganisationen zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die dann als Gutachterinstitute über die Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und Ausdehnung entscheidenden Einfluß bekommen würden.

2. Konfessionspflicht und Eignungserklärung zur Ausübung des Warenhandels, um zumutlich den Zutritt zum Handel zu unterbinden und dann Preisdiskette durchführen zu können.

3. Progressive Warenumsatzsteuer, Zinssteuern, Besteuerung des Rabatts der Mitglieder von Konsumgenossenschaften, um deren seitiger Leistungen herabzudrücken, mit dem Ziel, sie ganz unmöglich zu machen. Dies nur die größten Programmforderungen aus der Liste der sogenannten Mittelstandspolitik. Die organisierten Einzelhändler haben es nicht mehr und nicht weniger als auf die Zerklüftung der Konsumgenossenschaften abgesehen, um zumutlich organisiert, selbst eine Monopolstellung in der Preisbildung gegen den schuflos gemachten Verbraucher einnehmen zu können!

Den Gewerkschaften vor allem, welchen nicht nur die Sicherung des Reallohnes ihrer Mitglieder zur Aufgabe gestellt ist, sondern die nach dem neuen Programm für eine gesunde Planwirtschaft durch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von neuem zur Förderung der Konsumgenossenschaften aufgerufen sind, fällt die weitere Aufgabe zu, die Erhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Verbraucherorganisationen mit allen Mitteln sicher zu stellen. Wie?!

I. Umfänge und Mitgliederzahlen müssen gesteigert werden!

II. Keine Mark Lohnentkommen, kein Pfennig Unterstützungsgelder für die Gegner der Konsumgenossenschaften!

III. Eiserner Wirtschaftsfrost gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Konsumgenossenschaften aus der Warenversorgung auszuschalten und letzten Endes die Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung durch die Willkürpreise noch weiter zu schwächen.

Die Zeichen der Zeit zeigen auf Sturm auch für die Konsumgenossenschaften. Der Wirtschaftskrieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten soll verbrochen werden, um zu Arbeitslosigkeit, Gehalts- und Lohnabbau die Preiswillkür der Händler hinzu zufügen.

Im Kampf gegen diese wirtschaftlich und sozial verwerflichen Maßnahmen müssen die Gewerkschaften aus urigentlichem Interesse Führer im Abwehrkampf sein, um am 31. Juli mit allen Volkseigenen abzurechnen.

Maat. Kaum einer der alten sozialistischen Führer, der nicht wiederholt als „Verantwortlicher“ im Gefängnis gesessen hat. Als der freisinnige Abgeordnete Quide das Maul gehalten und den Zäsurenwasch Wilhelmus II. anprangern wollte, war er schon genug, eine Broschüre gegen — den römischen Kaiser Caligula zu schreiben. Natürlich wußte jeder wer gemeint war.

„Deutschland bietet in der Geschichte seiner Zensur den herrlichsten Stoff zu einer Tragikomödie“ — heißt es in dem zitierten Band „Zensuriana“ von Held. „Je gebildeter das Volk wurde, und je mehr Anspruch es also auf Pressefreiheit erhielt, desto mehr wurde die Zensur ausgebildet, durch die es von jenem Ziel entfernt wurde. Oder mit andern Worten: Je mindiger das Volk wurde, desto mehr bedormentete man es. Es kiefert das Bild eines Menschen, dem man als Kind ein Himmelbett und als Mann eine Wiege zum Lager anweist. Es wird altnächtig in das kurze Bett gezwängt; darf man sich wundern, wenn es endlich zu einem verwachsenen Krüppel wird?“ Weiter heißt es bei Held wie zur Warnung für das Kabinett der Karone: „Und so ist denn auch Deutschland wirklich zum Krüppel geworden und ein Gegenstand des Mitleides für seine freien Nachbarn. Ich bezweife nicht, wie es noch manchmal auf Achtung Anspruch machen kann. Achtung kann nur erworben werden durch Freiheit... Deutschland ist ein verkümmertes Land. Darum wird es nicht für voll angesehen im Rate der Nationen; es läuft so mit, weil es einmal da ist. Aber man ignoriert es, und wenn es von sich nicht selbst so viel Geschrei machte, so würde man gar nicht wissen, daß es auf der Welt ist.“ E g o.

#### Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften

Während man in Deutschland trotz grundsätzlicher Bereitschaft auf beiden Seiten noch nicht dazu gekommen ist, eine organisierte praktische und damit fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften herbeizuführen, hat man im Ausland die Lösung dieser volkswirtschaftlich so außerordentlich bedeutsamen Frage bereits gesetzgeberisch und praktisch in Angriff genommen. So hat vor einiger Zeit der französische Senat einen Gesetzentwurf angenommen, der gewisse Erleichterungen vorzieht zum Schaffen von genossenschaftlichen Verbänden der Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften mit dem Ziel der Herabsetzung der Lebenshaltungskosten. Die Finanzierung solcher Verbände ist der Nationalbank für landwirtschaftlichen Kredit übertragen, welche an die Verbände langfristige Darlehen geben kann, die aber den Höchstbetrag von 4 Mill. Fr. (etwa 700 000 M.) nicht überschreiten sollen. In den Generalversammlungen dieser Verbände werden, wie auch im Verwaltungsrat derselben, die Mitglieder landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften die Mehrheit bilden, was insofern als berechtigt erscheint, weil das Kapital für die Fruchtbarmachung des Gedankens einer landwirtschaftlichen Kreditorganisation entstammt. Die Auswirkung des Gesetzes, das nun vom Senat an die Deputiertenkammer gekommen ist, soll eine erhebliche Verbilligung der Lebensmittel sein.

Ein neues spanisches Genossenschaftsgesetz, dessen Entwurf bereits dem Parlament unterbreitet ist, stellt die Konsumgenossenschaften in den Dienst der Landwirtschaft für den organisierten Absatz ihrer Erzeugnisse. Des ferneren sollen sie für die republikanische Regierung ein Organ der Preiskontrolle werden und außerdem sollen Genossenschaften zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität gegründet werden. Man sieht, wie in andern Ländern die Bedeutung der Genossenschaften ganz allgemein, im besondern aber der Konsumgenossenschaften gewertet werden.

Die schwedische Hafenstadt Malmö hat bereits ein ganz interessantes Beispiel über eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften gegeben. Die zwei dort bestehenden Molkereigenossenschaften, von denen eine der Konsumgenossenschaft, die andre Landwirtschaft gehörte, empfanden die gegenseitige Konkurrenz als unwirtschaftlich und weder im Interesse der Erzeuger, noch der Verbraucher gelegen, weshalb sie sich zu einer Molkereigenossenschaft zusammenschlossen, um dem Interesse beider Wirtschaftsklassen zu dienen. Die Verwaltung der Genossenschaft ist mit je 4 Vertretern gebildet worden, der Absatz geht mit je einem Drittel an die städtischen Verbraucher und die Landwirte, während das letzte Drittel einem Fonds zufließt zum Ausbau der Genossenschaft.

Die vorerwähnten Beispiele zeigen, daß die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der Landwirtschaft und der Konsumgenossenschaften durchaus möglich ist und im Interesse beider Teile gelegen ist. In Deutschland liegen die Dinge leider immer noch so, daß die kleine und mittlere Landwirtschaft unter Führung des Großgrundbesitzes aus Gründen parteipolitischer Verbeugung sich dem Gedanken der Zusammenarbeit zwar grundsätzlic nicht verschließt, aber praktisch kein Schritt nach vornwärts aufzude kommen kann. Obwohl auch die deutschen Konsumgenossenschaften nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes und aus inneren wirtschaftlichen Gründen an der unbedingten parteipolitischen Neutralität stets festgehalten haben. Trotzdem sieht man die politische Führung auch der kleinen und mittleren Landwirtschaft, welche der Großgrundbesitz immer noch beansprucht, bauernd im Lager der deutschnationalen und nationalsozialistischen Konsumvereinsfeinde stehen, wenn es gilt, die Konsumgenossenschaften mit schweren Ausnahmeklauseln zu belasten, um ihre Entwicklung zu hemmen.

Da die Note der Landwirtschaft vor allem in einem Mangel einer organisierten Absatzwirtschaft bestehen, für die große Konsumgenossenschaften eine wichtige Voraussetzung bilden, so muß sie sich eben in ihrem eignen Interesse umstellen, wenn sie besser Zeiten erleben will.

### Korrespondenzen

Bayreuth. Am 12. Juni hielt der Bezirksverein Bayreuth in Wirsberg seine diesjährige Versammlung. Die letzten Vorgänge auf tariflichem Gebiet“ erweiterte volles Interesse. Unser Bezirksvorsitzender G r o s s m a n n verstand es vortrefflich, den Kollegen die Bedeutung der Gewerkschaft gerade in der gegenwärtigen Zeit vor Augen zu führen. Immer waren Auf- und Niedergang zu verzeichnen. Auch wieder steht Schlimmes bevor. Aber trotz alledem, durch die Geschlossenheit der Kollegen muß auch diese Krise überwunden werden. Immer unter der Parole: bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Vor allem müße die jetzige Regierung erkannt und danach bei der nächsten Wahl gehandelt werden. Reicher Beifall wurde gewollt. In der Diskussion wurde erwähnt, daß in verschiedenen Bezirken Resolutionen gefaßt wurden, die nicht ganz gerechtfertigt waren. Auch den Kollegen kann ein Vorwurf nicht erspart bleiben, denn der Grundsatz „Wie der Lohn, so die Arbeit“ wird meistens nicht beachtet. Wieder konnten vier Kollegen von Bayreuth und ein Kollege von Kulmbach für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Ein Geschenk wurde ihnen nach Wunsch überreicht. In Kulmbach verlangt eine Firma von den durchreisenden Kollegen einen Ausweis der AEDW. gegen eine Unterfertigung. Ein großer Teil der Bayreuther Prinzipale läßt Kurzarbeiter. In tariflicher Beziehung ist alles intakt. Für die nächste Versammlung wurde Warmenstein in Aussicht genommen. Nach Auszahlung einer üblichen Entschädigung wurden noch manche Stunden des tollkühnen Beisammensitzens gefeiert.

Frankfurt a. M. (Schriftgießer.) In dem letzten, lustigen Sitzungssaal des neuen Gewerkschaftshauses beschloß sich am 13. Juni eine Mitglie d e r v e r s a m l u n g mit dem Bericht von den Schlichtungsverhandlungen. Die Verammlung ehrte zuerst das Andenken des verstorbenen Mitbegründers, Kollegen Willipp Kändler. Sodann führte der erste Vorsitzende 7 neu eingetretene Mitglieder mit ermahnenden Worten zu kollegialer Wirken in die Organisation ein. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Mitteilungen gab der Vorsitzende D o r n i s einen umfassenden Bericht von den Schlichtungsverhandlungen am 1. Juni 1932 in Berlin. In drei Betriebsversammlungen war über die Manteltarifverhandlungen berichtet worden. Die Anträge der Arbeitgeber zum Lohn- und Städtelohn-tarif waren allen Mitgliedern bekannt. Die Frankfurter Schriftgießereitarbeiter schloß schon einen leisen Hoffnungsschimmer, als würden es die Arbeitgeber bei den bekannten Verhältnissen im Manteltarif belassen, und da dennoch nach 4 Wochen Stillhewigen die Bestellung eines Schlichters durch die Arbeitgeber erfolgte, so trat eine große Beunruhigung in der Arbeiterschaft ein. Denn, so sagte sich letztere, wenn nur ein Teil der Anträge verwirklicht werden sollte, so fänden wir zum Zumpfenproletariat herab, und wenn der Rest des Akfordarbeiters Anlag gibt zur Lohnsenkung, so soll man den Akford ablehnen. Vor dem Schlichter, Herrn Dr. Friedländer (Stettin), begründete der Geschäftsführer der Schriftgießereitarbeiter, Herr Dr. Gerhardsinger, die Senfungsanträge in der üblichen Weise, die Not der Betriebe besonders hervorhebend. In hausbäuerlicher Unbefangenheit wurde auch wieder das Motiv angeführt: „Gemeinnahme Not, gemeinsam zu tragen!“ Die Anträge sahen vor, eine 5 bis 10prozentige Senkung der Städtelöhne in den verschiedenen Berufsgruppen außer Type I-Gießern. Dabei wurden wiederholt die überprüften Verdienste einzelner Akfordarbeiter ins Feld geführt. Aber auch im Lohn war noch eine Senkung um 9 Pf. pro Stunde und in der Spitze vorgelesen. Diese Anträge wurden im Plenum in zweifelhäufiger Verhandlung mit Beharrlichkeit und bis in die Abendstunden in der Spruchkammer verfochten. Von unfrer Delegation wurde die Verlängerung der beiden Tarife erstrebt und besonders darauf verwiesen, daß nur ein kleiner Bruchteil von Arbeitern diese angeführten überprüften Akfordverdienste erreicht. Ein in später Stunde von Arbeitnehmersseite gemachter Vorschlag, aus diesen Gründen nur eine Senkung dieser hohen Verdienste vorzunehmen, wurde abgelehnt. Nach einigen Vermittlungsvorschlägen des Schlichters wurde dann ein Schiedsspruch gefaßt, der den bisherigen Lohn bis zum 11. Oktober 1932 verlängert und im Städtelohnsatz den Akfordanteil von bisher 60 Proz. auf 56 Proz. senkt, mit Wirkung vom 1. Juni. Eine Zustimmung der Parteien sollte bis zum Dienstag in den Händen des Schlichters sein, und in einer Sitzung der Delegierten einigten sich diese, eine Verantwortung für eine Zustimmung tragen zu können. Für eine Urabstimmung war die Frist zu kurz. Eine Verbindlichkeitsklärung war kaum zu erwarten. Wir tragen die Folgen der Wirtschaftskrise, wir tragen die Folgen der letzten Wahlen und die Wirkung der Zerlegungsarbeit des Rechts- und Antisemitismus. Aber wir wollen aufre Not gemeinsam tragen, wir wollen durch die Krisis hindurchkommen, durch noch letzteren Zusammenstehen in der Organisation. Noch einmal ist der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, seinem Geschick eine Wendung zu schaffen, und diese ist die Reichstagswahl am 31. Juli. In der Debatte, die zahlreiche Redner auf den Plan rief, wurde die Abwehrbarkeit der Delegation vollst- gewürdigt mit dem Trost, daß das größere Übel abgewehrt wurde. Von jedem aber wurde betont, daß es jetzt genug sei der Opfer, die die Arbeiterschaft der Krise gebracht hat, und ebenso wurde mit spontaner Zustimmung der Schlußsatz des Referenten hervorgehoben: „Wendepunkt muß die Reichstagswahl sein.“ Der Kassierer, Kollege W e i ß, gab die vom Verband vorgelegene Jahresrechnungunterstützung bekannt, betonte aber ausdrücklich, daß in Zukunft keinerlei Unterfertigungen mehr an Arbeitslose gezahlt werden, welche sich politisch für unsere Gegner, Nazis usw., betätigen. Diese Maßnahme fand laute, zukunftsdenkenden Widerhall bei der Versammlung, ebenso der Kampfruf: „Freiheit“ des Sprechers der Eisernen Front.

Gera. Die B e z i r k s v e r s a m l u n g am 5. Juni in Gera ehrte das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen Guido Groß und Paul Knopf in Gera und Franz Engelmann in Bad Köstritz. Zwei Kollegen konnten in dem gleichen Zeitraum auf 50jährige, ein Kollege auf 40jährige und sechs Kollegen auf 25jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken. Aufgenommen wurde ein Kollege. Nach den vom Vorsitzenden R a n k e zur Kenntnis gebrachten Vereinsmitteilungen erlaskete dann der anwesende Gauvorsitzer W i s l a u g (Weimar) den Bericht über die inzwischen zum Abschluß gekommenen langwierigen Tarifverhandlungen, dabei auf die besondern Vorkommnisse und Situationen hinweisend. Anschließend berichtete der Bezirksvorsitzende über die am 21. Mai in Weimar stattgefundenen Bezirksvorsteherkonferenz und deren Beschlüsse. Der anwesende Gauleiter der Hilfsarbeiter, Kollege W a m b a c h e r (Erfurt), gab ein aufschauliches Bild über die augenblickliche Situation bei der Hilfsarbeiterschaft. Der Vorsitzende des Freigewerkschaftlichen Jugendrats des Gera, Gewerkschafts-Kollege S c h n e b u r g, sprach dann in eindringlichen Worten zu den Jugendlichen, dabei die Lage der jugendlichen Erwerbslosen zeichnend. Alle Organisations hätten die Pflicht, sich in der jetzigen Zeit der Jugendlichen besonders anzunehmen. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und Kassierers, die gedruckt den Mitgliedern übermittelt worden waren, sowie der des Lehrlehrlingsleiters wurden ohne Aussprache entgegengenommen. Die Ostern aufgenommenen Lehrlehrlingsliste ergab 56 Lehrlinge. Auf Antrag des Bezirksvorstandes wurde an die Auswärtigen das Fragefeld, den teilnehmenden Juvvalben und Arbeitslosen je 1 M. und den Durchreisenden 3 M. Gehrgeld gezahlt. Als Ort der nächsten Betriebsversammlung wurde auf Vorschlag Wülfingendorf gewählt. Arbeitslos sind zur Zeit 62 Seher, 20 Drucker, 4 Schwelgerbergen und ein Maschinenführer; zusammen 87 Mitglieder. Außerdem sind zu verzeichnen 25 Juvvalben und 10 Kollegenwitwen. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten und Aussprache des Dankes an die drei Referenten schloß der Vorsitzende nach vierstündiger Dauer die gutverlaufene Versammlung.

**Werkh.** (Werkeljahrsbericht.) Nach Erledigung gesamtlicher Angelegenheiten wurde in der Aprilerversammlung die Aufnahme von zehn jungen Kollegen vollzogen. Da mit einer Ausnahme alle bisher Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren, ihnen daher der Zweck unserer Organisation bekannt ist, wies die Begrüßungsrede des Vorsitzenden K r o h nur besonders auf die Pflichten als Verbandsmitglied in der heutigen schweren Zeit hin. Antragsgemäß mußte ein Mitglied aus Grund des § 10 Absatz 1a und b ausgeschlossen werden, was gegen eine Stimme, bei gutem Besuch der Versammlung, geschah. Sodann hielt Gewerkschaftssekretär Kollege R e b e h t einen Vortrag über „Tägliche Rechtsfragen“. Als Spezialist verstand es Redner, die Zuhörer über so mancher irrige Auffassungen aufzuklären, die gerade auf dem Gebiete des Rechtsgebietes bestehen. Besonders behandelte er das heute so aktuelle Pünktigsein. Für seine fesselnden, mit Humor gewürzten Ausführungen erntete er reichen Beifall mit der Bitte um Wiederkehr! Der Ortsauschlußdelegierte Kollege L a t t stellte an Hand des Jahresberichts fest, wie ungeheuer die Arbeit und die Ausgaben des Sekretariats gestiegen sind, und wie die Einnahmen immer geringer werden. Vorsitzender K r o h berichtete noch über den gegenwertigen Stand der Manteltarifverhandlungen sowie über die Kündigung des Lohnartikels seitens der Unternehmer. Die Verammlung begrüßte die Einstellung unserer Vertreter, Experimente abzulehnen, die eine weitere Verschlechterung unserer Lage bedeuten würden. Anschließend dankte der Vorsitzende noch den beim Prüfungsausschuss angehörenden Kollegen Stroh und Beutin für ihre durch die neue Lehrlingsordnung bedingte Tätigkeit. — Die Versammlung am 7. Mai war trotz der gespannten Lage mäßig besucht. Nach Erledigung von Geschäftlichem, einigen Ausführungen, die Abregung der Kollegen Ziele und Schlußwort gab Vorsitzender K r o h Bericht von der am 24. April stattgefundenen Bezirksvorsitzertagung in Breslau. Redner kritisierte die von der Prinzipalität anlässlich der Manteltarifverhandlungen offerierten Anträge, die, wenn sie tarifliches Geleß geworden wären, die schlechte wirtschaftliche Lage der Gewerkschaft alljährlich noch mehr herabgedrückt hätten. Daß die Verbindlichkeit des gefällten, gänzlich einseitigen Schiedsspruchs abgelehnt wurde, ist wohl nur der Stärke der Organisation zu danken. In der Aussprache war die Kritik über die rüchfristliche Einstellung der Buchdruckerunternehmer sehr scharf, und wird nur bebauert, daß die Gewerkschaft alljährlich große Summen für Fortbildung ausgibt, die von den Unternehmern als Nutznießer mit abzuverdienenden Abnahmemaßnahmen gelohnt werden! Auch die in Nähe gerückte Bierzigtausendwoche wird ein Fiasko sein, wenn nicht ein Zwang zur Einstellung Geleß wird. Besonders erbittert zeigten sich die schon jahrelang Arbeitslosen. Vorsitzender K r o h ging all den Ausführungen im Schlußwort nach, betonend, daß die Führer der Gewerkschaften dauernd tätig sind, um eine Besserung der Lage der Arbeitslosen zu erreichen, an Unverstand, Egoismus und dem Mangel der dazu nötigen Finanzen speicherten bisher alle Vorschläge. Die behördlichen Sparmaßnahmen haben aber bei unserer Fachschulklasse nicht haltgemacht; an Stelle des Kollegen Hirsch erzieht nun ein Schulmann den Fachunterricht. Daß dabei die technische Ausbildung der Lehrlinge leidet, und es hin und wieder zu ergötzlichen Auseinandersetzungen zwischen Lehrern und Lehrlingen kommt, ist zu verstehen! — Eines außerordentlich starken Besuchs hatte sich die Versammlung am 4. Juni zu erfreuen. Den Hauptpunkt des Abends bildete die Aussprache über den nun in freier Vereinbarung abgeschlossenen Manteltarif. Vorsitzender K r o h brachte die einzelnen Änderungen nochmals zur Kenntnis, und mußte leider wiederum feststellen, daß die Gewerkschaft durch die freie Vereinbarung schließlich genug abgemittelt hat. Ein kleines Pfäffchen bildet ja der bis September verlängerte Lohntarif. In scharfer Kritik wurden dem Verbandsvorstand und unseren Unterhändlern heftige Vorwürfe gemacht. Man verlangte endlich einmal Schluß des dauernden Zurückweichens und Preisgabe einstens schwer erungener Positionen. Die folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen. „Die am 4. Juni sehr gut besuchte Versammlung der Werkh. Kollegen schließt mit Entzückung von der freien Vereinbarung zwischen den Tarifparteien Kenntnis. Sie verurteilt einmütig die selbständige Beschäftigung unserer Unterhändler. Sie ist Gegner dieser Manteltarifänderungen und erwartet vom Verbandsvorstand, daß er in Zukunft bei solch wichtigen Entscheidungen die Meinung der Gewerkschaft durch Abstimmung einholt!“ Kollege K r o h sprach in seinem Schlußwort noch die dringende Mahnung an die Mitglieder aus, trotz des ungünstigen Ergebnisses desto fester zusammenzutreten; denn trotz all der furchtbaren Not in den Reihen der Arbeitslosen und der stetig zunehmenden Opfer der noch Arbeitenden ist der Geist in unserer Organisation ungebrochen. Der Ortsauschlußdelegierte des Kollegen L a t t, eine Aussprache über den freiwilligen Arbeitsdienst und sonstige dringliche Vorkommnisse beendeten die interessante Versammlung.

**Gräfenhainichen.** In unserer Versammlung am 15. Juni kam die trostlose Lage in unserem Gewerbe zum Ausdruck, sind doch 50 Proz. aller Mitglieder arbeitslos. Die letzten Vereinbarungen (hauptsächlich in der Ferienfrage) wurden einer scharfen, jedoch sachlichen Kritik unterzogen. Der Stand unserer Klassenverhältnisse ist schlecht. Um die ausgesteuerten Kollegen nicht im Stich zu lassen, wurde der Extrabeitrag auf 50 Pf. pro Woche erhöht. Das Ortsgericht für Durchreisende mußte infolge starker Zuzugnahme von 1 Mr. auf 50 Pf. herabgesetzt werden. Das diesjährige Johannistfest wurde in schlichter Weise durch einen gemeinschaftlichen Waldausflug nach dem Rißt berg begangen. Eine verheerliche im Gauberg! In der Saale enthaltenen Notiz, daß die Druckerpartei in Gräfenhainichen schlafen gegangen wäre, wurde dahin richtig gestellt, daß dieselbe auch weiterhin besteht.

**Sannoover-Band.** Unsere Frühjahrs-Versammlung am 15. Juni im „Gewerkschaftshaus“ zu Hannover statt. 97 Kollegen aus den einzelnen Druckorten waren anwesend. Kollege H a h n ergriff das Wort und verles den Hauptberichts des Kollegen G l a s e r und von vier Bezirksmitgliedern. Sodann beschloß man, es als Verbandsmitglied die Kollegen Friedrich Köhler und Karl August Benzel (Celle), die auf ihre 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken können, sowie Kollegen Her-

mann Sonntag (Sarlingshausen), der 50 Jahre dem Verband angehört. Dann überreichte er fünf von der Lehrlingsabteilung zum Verband übergetretenen Kollegen die „Kleine Verbandszeitung“ und ermahnte sie, tüchtige Gewerkschaftler zu werden. Hierauf hielt Kollege P f i n g l e n einen Vortrag über „Tarifkämpfe in der Wirtschaftskrise“. Lebhafter Beifall bewies dem Redner, daß seine Ausführungen von jedem Versammlungsteilnehmer verstanden und richtig gewürdigt wurden. Die Verammelten bedauernd ließ, daß die Tarifverhandlungen große Verschlechterungen des Manteltarifs zum Ergebnis hatten. Auf Antrag aus der Versammlung wurde jedoch unser Vertreter, besonders unserm Gauvorsitzer Pfingsten, einstimmig Dank und das vollste Vertrauen ausgesprochen. Gegen die für Kollegen Pfingsten schwer beleidigenden Schreibern in hannoverschen KPD-Blatt wurde scharf Stellung genommen. Kollege H a h n erstattete den Geschäfts- und Klassenbericht. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Dem Bezirksvorstand wurde es überlassen, darüber zu entscheiden, ob im Herbst eine Bezirksversammlung in Hannover stattfinden soll.

**Rassel.** Mitgliederversammlung am 11. Juni im Schrebergarten Struthof. Die Wahnahme des Bezirksvorstandes, unsere diesmalige Mitgliederversammlung vor die Stadt zu verlegen, erwies sich als äußerst glücklich. Der Versammlungsbuch kann als einer der besten in den letzten Monaten bezeichnet werden. Vor und nach der Versammlung warteten die Kapellen der Lehrlingsabteilung und Jungbuchdrucker mit wirklich ansprechender Musik auf, so daß auch in der fastlichen Zahl erschienenen Frauen einige schöne Stunden geboten werden konnten. Nach verschiedenen Mitteilungen gab Kollege C e r k l i n einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorsitzertagung. Seinen Worten war zu entnehmen, daß der Gauvorsitzer Nepeks in seinem Bericht über die Tarifverhandlungen sich den Standpunkt unserer Unterhändler voll und ganz zu eigen gemacht habe. Unsere Entschuldigungen sind vom Kollegen Nepeks als unbedingt über das Ziel hinauschießend abgelehnt worden. Im Anschluß hieran gab Kollege C e r k l i n einen Brief des Kollegen Nepeks bezüglich unserer letzten Entscheidung bekannt, welcher großen Protest bei der Mitgliedschaft hervorrief. Dem Kollegen C e r k l i n und dem Gesamtbezirksvorstand wurde das volle Vertrauen ausgesprochen. Nach Abschluß weiterer zwei Punkte kam folgende Entscheidung an den Ortsauschluß und den Bundesauschluß des ADGB, zur einstimmigen Annahme: „Die am 11. Juni 1932 im Schrebergarten Struthof tagende Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Rassel im Verband der Deutschen Buchdrucker richtet folgendes Verlangen an den Ortsauschluß Rassel und den Bundesauschluß des ADGB. Angesichts der drohenden Gefahr des Falismus halten wir es für unsere Pflicht, erneut die Forderung an euch zu richten, sofort Schritte zu unternehmen, um alle Arbeiterorganisationen zusammenzuführen zur Bildung einer überparteilichen Abwehrfront. Wir sind der Ansicht, daß heute die freien Gewerkschaften als weitaus größte Arbeiterorganisationen die geschichtliche Verantwortung für „Befreiung oder Untergang der deutschen Arbeiterklasse“ bis zur äußersten Konsequenz zu tragen haben. Wir fordern nicht gemeinsame Aktionen sämtlicher Arbeiterorganisationen ohne Ausnahme, unter Führung des ADGB. In Anbetracht der kommenden Reichstagswahlen würde ein solches Zusammengehen Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter vor dem verhängnisvollen Schritt, dem Falismus die Stimme zu geben, bestimnt abhalten. Versteht euch diesem Mahnruf in letzter Stunde nicht, von euch hängt es ab, ob der Weg in die Freiheit oder ins Verderben führt.“ (Zu dieser Entscheidung wäre zu bemerken, daß die Gewerkschaften und ihre Führer bis jetzt noch nichts veräußert haben, was die Bildung einer politischen Einheitsfront der Arbeiterschaft fördern könnte. Die Schaffung der „Eisernen Front“ ist der beste Beweis dafür. Trotzdem werden es aber die Gewerkschaften ablehnen müssen, die volle Verantwortlichkeit auch für das Verhalten einzelner politischer Arbeiterparteien in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu übernehmen. Warum dies leider nicht möglich ist, konnten die Leser des „Korr.“ aus der hierfür in Betracht zu ziehenden Aufklärung über das Verhalten der maßgebenden Instanzen der politischen Arbeiterparteien unter „Allgemeine Rundschau“ in Nr. 63 vom 2. Juli mit aller Deutlichkeit erkennen. Die Schriftleitung.) — Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen mit ihren Frauen noch einige Stunden bei musikalischen Darbietungen zusammen.

**Köln.** (Korrektoren.) Der Einladung zu unserer Versammlung am 11. Juni waren nur wenige Kollegen gefolgt. Recht mager war auch die eigenliche Tagesordnung; denn der vorgesehene Lichtbildvortrag „Das Erfurter Rechtschreibprogramm“ mußte ausfallen, weil die Vorführung durch Kurzschluß und schadhafte elektrische Leitung des Raumes technisch unmöglich geworden war. Nach Besprechung innerer Angelegenheiten wurde noch beschlossen, der Ortsgruppe Köln des Deutschen Sprachvereins als körperschaftliches Mitglied beizutreten.

**Leipzig.** (Drucker.) Der Vorsitzende C u n e r t eröffnete die Versammlung denzukunftekunft des Kreises Leipzig am 12. Juni im „Vollshaus“ zu Leipzig mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvorsitzenden, 2. des Kassierers, 3. der angefallenen 13 Vereine, 4. Anträge, 5. Verschiedenes. Bevor in die Tagung eingetreten wurde, begrüßte der Vorsitzende im Namen des Kreisvorstandes die vollständig erschienenen Vorstände sowie die Vertreter der Zentralkommission, der Kreise Magdeburg und Erfurt sowie die Vertreter des Leipziger Gauvorstandes, der Sparten und des Bildungsverbandes. Ferner wurde der verstorbenen Kollege K a m p e l geehrt, welcher zehn Jahre dem Kreisverband bis zu seinem Ableben angehörte. Nach dem Bericht des Vorsitzenden und Kassierers setzte eine lebhafteste Diskussion ein. Sehr umstritten waren die Fragen über Entlassungen und Arbeitsvermittlung. Der bekannte Müller, welcher hier in einem Quartall in 2000 Fällen in Anwendung kam, gegenüber nur 120 nach der Reihe, bewirkt, daß Kollegen aus stillgelegten Betrieben mit mindestens zwei Jahren Arbeitslosigkeit rechnen müssen, bevor dieselben vermittelt werden. Einig wurde man sich auch in der Frage der Arbeitslo-

losgen, wie Notationen, Tiefdrucker, Flachdrucker, und zwar dahingehend, daß jede Abteilung die Arbeitslosigkeit für sich trägt. Auch die Worte: „Wie die Arbeit, so der Lohn“, sollen jedem ins Gedächtnis gerufen werden bei Verhängung der letzten Tarifrevision. Kollege M e r m a n n gab noch verschiedene Erklärungen hinsichtlich der Rationalisierung und Mechanisierung. In der Tätigkeit des Vorstandes wurde keine Kritik geübt. Nach dem Schlußwort des Vorsitzenden gaben die Vorstände der dem Kreis Leipzig angehörenden Städte ihre Berichte, die im Tenor ein übereinstimmendes Bild der Folgen der Wirtschaftskrise zeigten. Auch hieran schloß sich eine rege Diskussion. Kollege M e r m a n n beschloß dieselbe mit einem kräftigen Appell an die Vorsitzenden, auf ihren Posten auszuharren, komme was will, auch diese Zeit müsse überstanden werden. Erfreulich wirkte die Feststellung, daß der Mitgliedsbestand im Kreis Leipzig stabil geblieben ist. Nach Erledigung der letzten drei Punkte, welche sich hauptsächlich mit Kreisangelegenheiten befaßten, schloß der Vorsitzende die Tagung und dankte allen Teilnehmern für ihre geleistete Arbeit.

**Waldenburg (Schl.).** Unter außergewöhnlich starker Beteiligung von über 300 Kollegen fand unsere diesjährige Bezirksversammlung im Ortsteil Altwasser statt. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden wurde ebend der im Laufe des vergangenen Jahres verstorbenen Kollegen gedacht. Es sind dies die Kollegen Dittel (Striegau), Kruppa und Otto (Glas), Hoffmann und Herben (Waldenburg). Der Jahresbericht gab Aufschluß über die Tätigkeit im Bezirk. Die Mitgliederzahl ist auf 373 gestiegen. Wie überall ist die Arbeitslosigkeit groß. Trotzdem erlaubten es die Klassenverhältnisse, zu Weihnachten jedem arbeitslosen, inwärtigen und fremden Kollegen eine kleine Freude zu bereiten. Diese einmalige Unterstützung erforderte die Summe von 960 M. Im Gegenzug zu diesem Akt der Solidarität steht die Restanten-„Sparte“. Pünktliche Beitragszahlung ist in der heutigen Zeit die erste Pflicht jedes Mitgliedes. In Zukunft wird diesen Mitgliedern gegenüber ohne Verzug satzungsgemäß verfahren. — Der Lehrlingsleiter berichtete, daß die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse viel Arbeit in den Lehrlingsabteilungen schaffen. Gar oft mußten verschiedene Bekehrten an ihre Pflichten erinnert werden. Anschließend wurde der Klassenbericht vom ersten Vierteljahr 1932 entgegengenommen. Der Klassenbericht vom vorigen Jahr wurde im Januar gedruckt den Mitgliedern zugänglich gemacht. Dann sprach Gauvorsitzer F e i g e über das Thema: „Aktuelle Tagesfragen“. Eingehend behandelte er die kürzlich abgeschlossenen Tarifverhandlungen. Die Verschlechterungen aufzählend, erklärte er, warum unser Unterhändler trotzdem die freie Vereinbarung vorgezogen haben. Aus dem in Kürze erscheinenden Gau-Jahresbericht gab er einige Zahlen bekannt, die das Verhalten der Funktionäre rechtfertigte. Auch er unterrichtete die sachlichen Auswirkungen des Restantenunwesens. Sein Vortrag wurde von der Versammlung interessiert entgegengenommen. Auf eine Aussprache wurde verzichtet. Als 25jährige Verbandsmitglieder wurden die Kollegen Riemann und Jäger (Waldenburg), Franz und Schubert (Wittgenhardsdorf), Matern, (Sabelschweide), Weber (Glas), Grüner, Kraft und Weigel (Neurode), Seidler (Friedland) geehrt. Neun Kollegen des Bezirks können schon auf eine 40jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Auch sie wurden mit ehrenden Worten bedacht und den jüngeren Kollegen als Vorbild empfohlen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und der Bezirksbeitrag gegen wenige Widersprüche auf der alten Höhe befestigt. Die Satungen des Bezirks wurden dahingehend geändert, daß als Jahrestätigkeit nur die Sonntagsschichtkarte entschädigt wird, wenn letztere zu erhalten ist. Im Schlußwort wies der Vorsitzende u. a. darauf hin, daß der Arbeiter am 31. Juli wieder einmal Gelegenheit hat, seinem Willen Ausdruck zu verleihen. Die Reichstagswahl muß beweisen, daß die Arbeiterschaft nicht verwirrt ist durch Fehllehren. Mit einem Hoch auf die in schwerer Zeit festgefugte Organisation wurde die gut verlaufene Tagung geschlossen.

**Wuppertal.** (M a s c h i n e n s e h e r.) In unserer Versammlung am 19. Juni in W.-Barmen übermittelte zunächst Vorsitzender K l i n s c h herliche Grüße des leider schwer erkrankten Mitbegleiters und früheren langjährigen Vorsitzenden unserer Vereinigung, Kollegen K a r p, und gab dem Wunsch auf baldige Genesung Ausdruck. Ein Bericht über die Verhältnisse in den einzelnen Druckereien ergab ein überaus trübes Bild: Abbau des größten Teils der Leistungsmasse, verstärkte Kontrolle, Verkürzungen usw. Beim Kassierenbericht wurde festgestellt, daß das Restantenunwesen immer größere Formen annimmt. Unter „Technischem“ hielt der Vertreter der Typographenfabrik Herr K o h (Essen), einen Lichtbildvortrag über den Typographen. In leicht verständlicher Weise, unterstützt durch vorzügliche Bilder, wurde über 100 Lichtbilder, verstand es der Referent, die Kollegen mit der technischen Entwicklung der Typographiemaschine bekanntzumachen. Die von der Fabrik mit Erfolg angebrachten Neuerungen und Verbesserungen fanden volle Anerkennung und Würdigung. Vor allem auch das reiche Schriftmaterial. Der Vorsitzende sprach Herrn Koh herzlich Dank für seine Darlegungen aus. Zum Schluß wurde von den Kollegen der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit es sich doch wohl ermöglichen ließe, der immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit zu steuern und die arbeitslosen Kollegen unterzubringen.

**Allgemeine Rundschau**

**Ein raffiniertes Schwindel.** Der Frau eines vor kurzem in Berlin verstorbenen Kollegen wurde am Tag nach dem Tode ihres Mannes von einem Schwindler ein gefälschtes Schriftstück der Organisation vorgelegt, in dem der Frau mitgeteilt wurde, daß sie eine Unfallsumme in Höhe von 2000 M. beim Gauverband abheben könne. Dem Schreiben war sogar eine Quittung über 2000 M. beigelegt. Vor Ablegung dieser Summe sollte die Frau aber erst einen Beitragsscheck des verstorbenen Mannes in Höhe von 11,10 M. belegen. Und darauf kam es dem Schwindler an. Die Frau gab ihm auch 8 M., den Rest von 3,10 M. wollte er später abholen. Natürlich ist er später nicht mehr bei der Frau er-

